

# Neue Übergangsunterkunft eröffnet

## Platz für wohnungslose und geflüchtete Familien

Sozial- und Gesundheitsdezernentin Elke Voitl hat eine weitere Übergangsunterkunft für wohnungslose und geflüchtete Familien in Betrieb genommen. Die städtische Wohnanlage am Riedberg bietet Platz für maximal 120 Menschen. Untergebracht werden dort vor allem Familien aus Syrien, der Ukraine und Afghanistan sowie wohnungslose Frankfurterinnen und Frankfurter. Das auf einem städtischen Grundstück entstandene Modulgebäude ist für fünf Jahre ausgelegt, danach soll auf dem Gelände eine bereits geplante Kleingartenanlage entstehen. Baubeginn war im Februar. Der Einzug ist für Juni geplant. Die 27 Wohneinheiten sind mit Küchen und Sanitärzellen ausgestattet. Betrieben wird die Anlage von der Diakonie Frankfurt und Offenbach.

„Wir haben es uns hart erkämpft, heute in einem demokratischen Staat zu leben, der uns ein soziales Netz bietet, das uns auffängt, wenn wir es einmal brauchen. Dieses Netz muss gestärkt und verbessert werden, es darf unter keinen Umständen reißen“, sagte Voitl bei einem Tag der offenen Tür am Freitag, 24. Mai. „Wohnungslosigkeit kann jeden Menschen treffen – sozialer Status, Herkunft, Bildung oder Nationalität spielen keinerlei Rolle und bieten keinen zuverlässigen Schutz. Für mich zeigt sich die Standhaftigkeit einer Gesellschaft auch daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht und welches Menschenbild sie von ihnen hat“, betonte Stadträtin Voitl.

„Die Diakonie Frankfurt und Offenbach macht sich dafür stark, Geflüchtete und Migranten und Migrantinnen würdig aufzunehmen und sie beim Start bestmöglich zu unterstützen. Wir wissen uns hier Seite an Seite mit unserem langjährigen Kooperationspartner, der Stadt Frankfurt am Main“, sagte Robert Brendel, Geschäftsführer der Diakonie und Seelsorge im Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach. „Und: Auch in der Arbeit mit Wohnungslosen verfügt die Diakonie über viel Expertise und eine langjährige Erfahrung.“

„Für mich als zuständige Dezernentin ist jede Eröffnung eine Erleichterung, denn sie beruhigt das städtische Unterbringungssystem. Mir ist aber auch die dezentrale Unterbringung – also die Verteilung der Unterkünfte auf die verschiedenen Stadtteile – sehr wichtig. Wir können und wollen nicht in manchen Stadtteilen besonders viele Unterkünfte errichten, während andere komplett unberührt bleiben. Die Integrationschancen der untergebrachten Menschen sind einfach wesentlich größer, wenn sie nicht in riesigen Sammelunterkünften irgendwo abgeschieden am Stadtrand leben müssen. Das dürfen wir nicht vergessen, sonst drohen uns irgendwann gesellschaftliche Verwerfungen“, warnte

Voitl.

Aktuell leben in Hessens größter Stadt 5183 geflüchtete und 4029 wohnungslose Menschen (Stand: 6. Mai). Sie sind in rund 100 Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Weil diese Menschen auf dem extrem angespannten Wohnungsmarkt nur selten eine eigene Wohnung finden, leben sie oftmals lange in den städtischen Unterkünften. Dadurch muss die Stadt immer mehr neue Übergangsunterkünfte errichten. Obdachlose Menschen - also Menschen, die schon länger auf der Straße leben und sich damit eingerichtet haben - gibt es deutlich weniger. Ihre Zahl schwankt in Frankfurt seit Jahren zwischen 200 und 250.